



Rat der
Europäischen Union

197307/EU XXVII. GP
Eingelangt am 24/09/24

Brüssel, den 20. September 2024
(OR. en, fr)

Interinstitutionelles Dossier:
2022/0280(COD)

13045/24
ADD 1

CODEC 1756
MI 773
COMPET 872
IND 424

I/A-PUNKT-VERMERK

Absender:	Generalsekretariat des Rates
Empfänger:	Ausschuss der Ständigen Vertreter/Rat
Betr.:	Entwurf einer RICHTLINIE DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES zur Änderung der Richtlinien 2000/14/EG, 2006/42/EG, 2010/35/EU, 2014/29/EU, 2014/30/EU, 2014/33/EU, 2014/34/EU, 2014/35/EU, 2014/53/EU und 2014/68/EU in Bezug auf Notfallverfahren für die Konformitätsbewertung, die Konformitätsvermutung, die Annahme gemeinsamer Spezifikationen und die Marktüberwachung aufgrund eines Binnenmarkt-Notfalls (erste Lesung) – Annahme des Gesetzgebungsakts = Erklärung

Erklärung des Großherzogtums Luxemburg

Luxemburg unterstützt nachdrücklich jede Initiative, die darauf abzielt, das Funktionieren des Binnenmarkts durch gemeinsame Vorschriften zu verbessern, die die Rechtssicherheit stärken, grenzüberschreitende Tätigkeiten fördern und das Entstehen neuer Hindernisse vermeiden.

Leider hat Luxemburg ernsthafte Zweifel daran, dass das „*Single Market Emergency Instrument*“ (SMEI – Notfallinstrument für den Binnenmarkt) diesen Grundsätzen entsprechen kann. In einer Zeit, in der die EU die Integration und die Resilienz des Binnenmarkts vorantreiben muss, könnte ein Instrument wie das SMEI es den Mitgliedstaaten ermöglichen, in Krisenzeiten zusätzliche Beschränkungen zu verhängen.

Die Lehren aus den zahlreichen Beschränkungen, die die Mitgliedstaaten während der Pandemie eingeführt haben, zeigen, dass die Hindernisse an der Quelle und im Einklang mit den Verträgen angegangen werden müssen. Das SMEI – oder das IMERA („*Internal Market Emergency and Resilience Act*“ – Binnenmarkt-Notfall- und Resilienzgesetz) beschränkt sich jedoch auf das Vorgehen gegen die Symptome, und nicht die Ursachen; außerdem werden damit neue Bürokratieebenen hinzugefügt, die das Krisenmanagement erschweren.

Luxemburg unterstützt die Erstellung einer schwarzen Liste von Praktiken, die in Notfallzeiten verboten sind. Allerdings könnten die positiven Auswirkungen dieser Liste durch Bestimmungen des SMEI zunichte gemacht werden, die es den Mitgliedstaaten gleichzeitig ermöglichen, Risikominderungsmaßnahmen bei Verstößen gegen die schwarze Liste einzuführen – etwa digitale Formulare, die auf bestimmte, von der Kommission als von entscheidender Bedeutung eingestufte grenzüberschreitende Tätigkeiten angewandt würden. Somit scheint das SMEI die Einführung von Beschränkungen der Freizügigkeit nicht nur zu billigen, sondern sogar dazu zu ermutigen, indem zusätzliche Verfahren vorgesehen werden anstatt das zugrunde liegende Problem anzugehen.

Der sehr weit gefasste und wenig klare Anwendungsbereich des SMEI wird die Annahme von gezielten und wirksamen Maßnahmen zur Unterstützung der Industrie verhindern, im Gegensatz zum europäischen Chip-Gesetz, zur Netto-Null-Industrie-Verordnung, zum europäischen Gesetz zu kritischen Rohstoffen oder zum befristeten Rahmen zur Krisenbewältigung und zur Gestaltung des Wandels. Der horizontale Charakter und der einheitliche Ansatz („*one size fits all*“) des SMEI könnten dazu führen, dass unverhältnismäßige und unangemessene Maßnahmen ergriffen werden, die eine Belastung für die Wirtschaftsteilnehmer bewirken anstatt ihnen die notwendige Unterstützung zu bieten.

Schließlich muss jede Regelung im Interesse der operativen Klarheit eindeutige Vorschriften enthalten. Das SMEI jedoch beruht auf unklaren und nicht eindeutig definierten Konzepten, aufwändigen bürokratischen Verfahren und einer komplexen Governance, was erhebliche rechtliche und praktische Fragen bezüglich seiner Wechselwirkung mit anderen bestehenden Instrumenten aufwirft. Daraus ergibt sich Rechtsunsicherheit, die zu Konfusion beim Krisenmanagement führen kann.

Aus diesen Gründen kann Luxemburg die Annahme des *Single Market Emergency Instrument* (SMEI) nicht unterstützen.

Luxemburg ersucht die Kommission, ihre Bemühungen um mehr Harmonisierung und gegenseitige Anerkennung in allen EU-Rechtsvorschriften zu intensivieren, um hochwertige Vorschriften zu fördern und die Grundfreiheiten jederzeit – auch in Krisenzeiten – zu schützen.
